



DIE »BONNER REPUBLIK« IN ZEITZEUGENGESPRÄCHEN

GESCHICHTE UND ERINNERUNG
AUS REGIONALER PERSPEKTIVE

böhlau

ALEXANDER OLENIK, HELMUT RÖNZ,
KEYWAN KLAUS MÜNSTER (HG.)

Stephan Eisel oder die Nahaufnahme zweier Bonns

Benjamin Burtz

Die Zeit des Bonn-Berlin-Beschlusses und die damit einhergehende Verschiebung des politischen Gewichts der Stadt Bonn bedeutete für beide Seiten, die Kommune und die Bundespolitik, eine Zeit der Veränderung und Neujustierung. Bonn profitierte ab 1949 von seinem Hauptstadtstatus und fürchtete zum Ende der Hauptstadttore strukturelle Probleme.¹ Stephan Eisel erlebte die Hauptstadt Bonn als Mitarbeiter im Büro von Bundeskanzler Helmut Kohl (1930-2017). Er nahm ab 1983 verschiedene Positionen im Bundeskanzleramt wahr. Gleichzeitig engagierte sich Eisel in seiner Wahlheimat kommunalpolitisch. Diese doppelte politische Tätigkeit eröffneten dem CDU-Politiker zwei unterschiedliche Blickwinkel auf die Entwicklung der Stadt in der Umbruchszeit nach der Wiedervereinigung.

1955 wurde Stephan Eisel in Landau/Pfalz geboren. Sein Studium der Musik- und Politikwissenschaft nahm Eisel zunächst in Marburg, schließlich aber in Bonn auf. Zweierlei Gründe brachten ihn zu dieser Entscheidung. Eisel engagierte sich bereits in Marburg im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Außerdem bot das Bonner politikwissenschaftliche Institut aufgrund seines Standortes in der Bundeshauptstadt ein stärker praxisnahes Studium als in Nordhessen.² Auch dem musikwissenschaftlichen Teil seines Studiums konnte Eisel in der Beethovenstadt Bonn nachgehen – beides beeinflusste sein späteres wissenschaftliches Wirken.³

Seinen Berufseinstieg fand Eisel bei der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) als wissenschaftlicher Mitarbeiter. 1982 wurde Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt, wodurch Eisels politische Heimat, in Regierungsverantwortung kam. Mitte des darauffolgenden

-
- 1 Siehe für die Folgen des Beschlusses etwa Küsters, Hanns Jürgen, Der Bonn/Berlin-Beschluss vom 20. Juni 1991 und seine Folgen, in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2012), S. 1–24; Pordzik, Burkhard, Sozialräumlicher Wandel der Bundesstadt Bonn nach 1991. Auswirkungen des Berlin/Bonn-Gesetzes auf die ehemalige Bundeshauptstadt, München 2014; vonseiten der Presse z. B. Offen und unfertig, in: Der Spiegel 44/1992, 25.10.1992, abgerufen unter: <https://www.spiegel.de/politik/offen-und-unfertig-a-e3b80ac0-0002-0001-0000-000013690911> (abgerufen am 4.12.2023).
 - 2 Zur Politikwissenschaft an der Bonner Universität etwa Quadbeck, Ulrike, Karl Dietrich Bracher und die Anfänge der Bonner Politikwissenschaft (Nomos Universitätschriften – Geschichte, Bd. 19), Baden-Baden 2008, insbesondere S. 124–208.
 - 3 Siehe dazu zahlreiche Publikationen Eisels zu Beethoven, jüngst Eisel, Stephan, 250 Jahre Beethovenstadt Bonn. Verpasste Gelegenheiten und künftige Chancen, in: Rönz, Helmut/Schlemmer, Martin/Schmidt, Maike (Hgg.), „Refugium einer politikfreien Sphäre“? Musik und Gesellschaft im Rheinland des 19. und 20. Jahrhunderts (Stadt und Gesellschaft. Studien zur Rheinischen Landesgeschichte, Bd. 9), Köln/Wien 2023, S. 243–262.

Jahres wechselte Eisel als Redenschreiber ins Bundeskanzleramt.

Norbert J. Prill, „ein außenpolitisch versierter Staats- und Völkerrechtler“⁴, fungierte hier als Hauptredenschreiber von Helmut Kohl. Als Stephan Eisel seine Stelle antrat, bildete er mit Prill ein Team – zwei Redenschreiber im Gegensatz zu den sechs bis acht Angestellten, die Helmut Schmidt in dieser Position beschäftigte. In seiner Position bewegte sich Eisel stets mit dem Bundeskanzler. Er beschrieb sich rückblickend als dessen „Sparringspartner“. Diese Zeit ermöglichte Eisel unmittelbare Einblicke aus kurzer Entfernung. Kohl prägte Eisel, der seine Zeit mit dem Bundeskanzler später verschriftliche und 2010 veröffentlichte.⁵

Zugleich nahm er ein Promotionsstudium bei Karl Dietrich Bracher (1922–2016), „dem Nestor der deutschen Zeitgeschichtsforschung“⁶, auf. Das Vorhaben, das seine Anfangsjahre im Bonner Bundeskanzleramt begleitete, beendete Eisel mit einer Studie über den Minimalkonsens und die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.⁷

Nachdem Eisel vier Jahre als Redenschreiber bei Helmut Kohl gearbeitet hatte, übernahm er 1987 die stellvertretende Leitung des Kanzlerbüros. Diese Aufgabe bedeutete einen nicht minder engen Kontakt mit Kohl. Nach einer weiteren Stelle als Referatsleiter im Kanzleramt wechselte Eisel 1991 zurück zur KAS, wo er bis 2007 in diversen Leitungsfunktionen tätig war. 2007 rückte Eisel in den 16. Deutschen Bundestag nach, da Peter Paziorek (geboren 1948) zum Regierungspräsident für den Regierungsbezirk Münster ernannt wurde. Sein bundespolitisches Engagement nahm Eisel somit aktiv wieder auf,

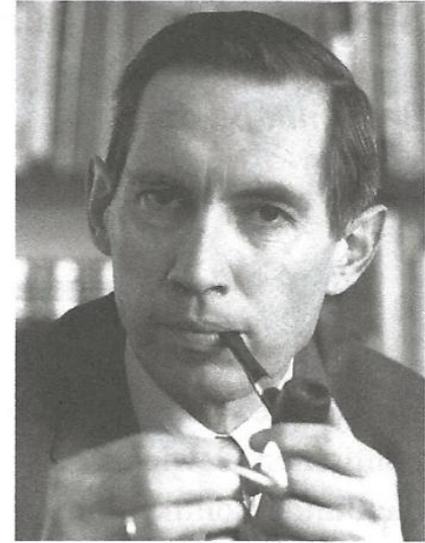


Abb. 42: Porträtaufnahme von Karl Dietrich Bracher, undatiert

4 Mertes, Michael, Zur Entstehung und Wirkung des Zehn-Punkte-Programms vom 28. November 1989. Ein Werkstattbericht (Forum Politicum Jenense, Bd. 9), Jena 2001, S. 4. Prill unterstand Eduard Ackermann, dem Leiter der Abteilung 5 im Bundeskanzleramt. Prill arbeitete zuvor im „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“. Ursprünglich entstammte er, wie von Mertes betont, der völkerrechtlichen Forschung und publizierte auf diesem Gebiet. Siehe dazu etwa Prill, Norbert J., Völkerrechtliche Aspekte der internationalen Verbreitung ziviler Kernenergienutzung (Schriften zum Völkerrecht, Bd. 65), Berlin 1980. Zu Prill auch Viel Frust, in: Der Spiegel 25/1987, 14.6.1987, abgerufen unter: <https://www.spiegel.de/politik/viel-frust-a-c8906c99-0002-0001-0000-000013523991> (abgerufen am 4.12.2023).

5 Eisel, Stephan, Helmut Kohl. Nahaufnahme, Bonn 2010. Das obige Zitat auf S. 41.

6 So Ludger Kühnhardt in seinem Nachruf auf Bracher: Kühnhardt, Ludger, Der die Geschichte kennt. Nachruf auf Karl Dietrich Bracher, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.9.2016, abgerufen unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/zum-tod-des-historikers-und-politikwissenschaftlers-karl-dietrich-bracher-14444824.html> (abgerufen am 1.12.2023).

7 Siehe Eisel, Stephan, Minimalkonsens und freiheitliche Demokratie. Eine Studie zur Akzeptanz der Grundlagen demokratischer Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland (Studien zur Politik, Bd. 10), Paderborn u. a. 1986. Die Studie fand in der Fachwelt Akzeptanz und Lob, siehe dazu Jesse, Eckhard, Rez. zu ebd., in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 74 (1988), S. 118 f.

wenngleich seine Kandidatur um die Bestätigung seines Mandats in der Bundestagswahl 2009 scheiterte.

Trotz seiner diversen Tätigkeiten im Umfeld der Bundespolitik blieb Eisel der Bonner Kommunalpolitik treu. Von 1990 bis 1992 bekleidete Eisel das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Bonner Kreisverbandes der CDU. Im Anschluss fungierte Eisel als Vorsitzender des Stadtverbandes. Diese Rolle eröffnete gänzlich andere Perspektiven auf die Stadt Bonn als die bundespolitische Arbeit: So organisierte Eisel Proteste gegen den Bonn-Berlin-Beschluss des Bundestages. Unter dem Namen „Hand in Hand für Bonn“ initiierte der CDU-Politiker eine Menschenkette durch das Stadtgebiet.⁸

Eisels Leben ist gezeichnet von der politischen Tätigkeit auf verschiedenen Ebenen: Seine Rolle in der „Bonner Republik“ als Mitarbeiter Helmut Kohls, der gleichzeitig lokalpolitisch tätig war, eröffneten dem CDU-Politiker einzigartige Perspektiven auf den politischen Betrieb. Bonn spielte dabei verschiedene Rollen: Das bundespolitische Bonn erlebte Eisel während seiner Tätigkeit im Bundeskanzleramt als Machtzentrum der Bundesrepublik. Die kommunalpolitische Seite Bonns zog sich hingegen wie ein roter Faden – vor wie nach der Mitarbeit im Bundeskanzleramt – durch die (politische) Biographie des Pfälzers. Anfang 1972 trat Eisel in die CDU ein. 1976 kam er in die Bundeshauptstadt – jedoch zunächst ohne die bundespolitische Komponente zu kennen. Eisels Vater bekleidete in seiner Heimat diverse kommunalpolitische Ämter und gewöhnte den Sohn früh an das lokale Engagement.⁹ Stephan Eisel gehörte während seiner Tätigkeit im Kanzleramt gleichzeitig als aktives Mitglied dem Bonner CDU-Kreisverband an.

Diese Erfahrung prägte sein politisches Handeln. Bonner Eigenschaften seien die Konzentration auf politische Angelegenheiten im Gegensatz zum Fokus auf Persönliches und die sprichwörtliche rheinische Gelassenheit gewesen. Diese Faktoren gehörten für den Pfälzer zum politischen Selbstverständnis der Hauptstadt. Für ihn stellte das kommunale Engagement eine Selbstverständlichkeit dar, wenngleich sich nur ein kleiner Teil der Mitarbeiter im Bundeskanzleramt auf ähnliche Weise einbrachten. Im Interview wird deutlich, dass das städtische Engagement zuweilen im Konflikt mit der Bundespolitik stand. Das eröffnete Stephan Eisel letztlich eine einzigartige Perspektive auf den Politikbetrieb der späten Bonner Jahre.

Dokumentiertes Gespräch mit Stephan Eisel vom 21. Juni 2021

Interviewt von Dana Werner und Benjamin Burtz

Was war Ihre Rolle in der „Bonner Republik“ und was hatte diese Rolle mit Bonn zu tun?

Ich begann 1976 in Marburg Politik- und Musikwissenschaft zu studieren. Früh engagierte ich mich in der Studentenpolitik, wurde zunächst stellvertretender Bundesvorsitzender und schließlich Bundesvorsitzender des Rings-Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Das brachte den Umzug nach Bonn mit sich. Ich entschied mich dann mit den Erfahrungen aus dem studentenpolitischen Kontext das Studium der Politikwissenschaft in Bonn fortzusetzen, zumal hier mit Karl Dietrich Bracher jemand lehrte, der die Politikwissenschaft in Deutschland überhaupt begründet hat.

Meine Rolle in der „Bonner Republik“ war eine ganz vielfältige. Einerseits nahm ich die studentische Rolle ein: Ich kam nach Bonn, in die damalige Hauptstadt, die für uns Politikinteressierte einen Bezugspunkt darstellte. Zweitens gewann ich über das Studium der Politikwissenschaft Einblicke in die Funktionen des Regierungssystems nach dem Grundgesetz im politischen Zentrum der Bundesrepublik. Ich hatte das Glück, nach Abschluss des Studiums 1983 Mitarbeiter von Helmut Kohl im Kanzleramt zu werden. Dort arbeitete ich vier Jahre lang als Redenschreiber Kohls und anschließend fünf Jahre als stellvertretender Leiter des Kanzlerbüros, auch in der Zeit der Wiedervereinigung. Die „Bonner Republik“ erlebte ich somit auch als Mitarbeiter in der Regierung, dazu noch besonders nahe an der damals bestimmenden Figur. Drittens habe ich mich selber politisch in Bonn engagiert. Ich war CDU-Kreisvorsitzender während der Auseinandersetzung um die Bonn-Berlin-Entscheidung. Hier ging es oft darum, was diese „Bonner Republik“ ausmacht. Zusätzlich gab es die Frage des finanziellen Ausgleichs, die mit einem Hauptstadtwechsel verbunden war.

Nach meiner Kanzleramtszeit wechselte ich zur Konrad-Adenauer-Stiftung, bis ich selber als Bundestagsabgeordneter in das Parlament einzog. Mir offenbarte sich dadurch



Abb. 43: Stephan Eisel und Angela Merkel, undatiert

ein Vergleich der „Bonner Republik“ mit der „Berliner Republik“. Diese drei Blickwinkel – der politikwissenschaftliche, der als Mitarbeiter des Bundeskanzlers sowie der durch das eigene politische Engagement und das eigene Mandat – prägten mich und ich empfand es in der ganzen Zeit als sehr spannend.

Was verbinden Sie persönlich mit der „Bonner Republik“?

Die „Bonner Republik“ war eine Erfolgsgeschichte. Von Beginn an, Stichwort Grundgesetz, die Westintegration, den wirtschaftlichen Aufschwung und dann die hohe Stabilität dieser zweiten deutschen Demokratie. Keine der Auseinandersetzungen, die teilweise sehr tief gingen, zum Beispiel um die Wiederbewaffnung oder die Soziale Marktwirtschaft fügten der Republik ernsthaften Schaden zu. Ich verbinde mit der Bonner Zeit diese Stabilität des politischen Systems, welches basierend auf dem Grundgesetz politische Konflikte ermöglichte, die aber friedlich und zivil gelöst wurden. Dieser Umstand zeigt für mich das Wesen der Demokratie: Machtwechsel erfolgten friedlich und gravierende Bedrohungen wie der Terrorismus wurden sehr gut überstanden, ohne dass die demokratischen Grundrechte gefährdet waren. Ein spezifisches Kennzeichen stellt für mich die letztlich sachliche Lösung auch emotional getriebener politischer Konflikte dar.

Helmut Kohl und Willy Brandt gerieten z. B. öffentlich massiv aneinander, aber persönlich pflegten sie ein gutes Verhältnis. So hat Helmut Kohl nach seiner Wahl zum CDU-Vorsitzenden 1973 sofort die Materialien vernichten lassen, mit denen Willy Brandt in Wahlkämpfen auch wegen seiner unehelichen Herkunft angegriffen wurde. Kohl versicherte Brandt, dass so etwas nicht noch einmal passieren würde. Daran sieht man, dass es möglich ist, sich massiv auseinanderzusetzen, ohne es in den persönlichen Raum zu tragen.

Dazu gehörte auch, dass die Medien sich auf das Politische konzentrierten und das Persönliche außen vor ließen. Das sah man an einem Beispiel: Der damalige Innenminister Friedrich Zimmermann, ein CSU-Politiker, besaß ein besonders konservatives Image. Dass er als Katholik zweimal geschieden war, fand medial kaum Beachtung, weil man zwischen seinen politischen Ansichten und persönlichen Angelegenheiten unterschied. Das war in Bonn eigentlich durchgängig so. Natürlich ist dies zumindest teilweise der Tatsache geschuldet, dass sich die „Bonner Republik“ in einer anderen Zeit, also vor den „sozialen“ Medien und der Schnelligkeit des Internets abspielte. Aber es gab eine unausgesprochene wechselseitige Verständigung: Privat ist privat.

Das Menschliche kommt hinzu. Die Gelassenheit. Das Rheinländische. Der Bonner: Leben und leben lassen. Die eigene Bedeutung nicht zu überschätzen. In Bonn kam niemand auf die Idee, dass ganz Deutschland den „General-Anzeiger“ lese und sich deswegen daran orientiere. Die Berliner denken, ganz Deutschland würde den „Tagesspiegel“ lesen und Berlin sei Deutschlands Zentrum. Weder war Bonn, noch ist Berlin, für die allermeisten Menschen das Zentrum. Diese Selbstrelativierung passierte in Bonn eigentlich selbstverständlich. Bonn ist und war keine Millionenstadt, sondern eine überschaubare Stadt. Hinzu kam die Mentalitätsgeschichte. Helmut Kohl, der selber am Rhein aufwuchs,



Abb. 44: Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl begrüßt eine polnische Delegation um Edward Gierek in Linz am Rhein, 1976

hat sich immer auf „Des Teufels General“, ein bedeutendes Drama von Carl Zuckmayer, berufen. Dort wird der Rhein als Schmelztiegel beschrieben, wo ganz unterschiedliche Nationalitäten und Kulturen zusammenkamen. Daraus ergab sich, dass Toleranz und Gelassenheit im Wesen der Menschen besonders tief verwurzelt sind.

Wo haben Sie diese „Völkermühle“, wie Zuckmayer den Rhein beschrieb, selbst erlebt? Könnten Sie dazu Beispiele geben?

Ich komme aus einem pfälzischen Dorf mit 5.000 Einwohnern. Dort kannte jeder jeden und man hatte an jeder Ecke einen Onkel oder eine Tante. Unbeobachtetes Verhalten war völlig unmöglich. Und es gab viele Einschränkungen, z. B. kein Theater, keine Oper, keine Konzerte. Meinen Wehrdienst leistete ich bei den Gebirgsjägern in Mittenwald, eine für mich relativ neue Welt. Anschließend ging ich nach Marburg. Aber erst in Bonn lernte ich die ganze Offenheit der Bevölkerung kennen. Bonn ist bis heute eine Stadt, in der nur 30 Prozent der Einwohner dort geboren und zur Schule gegangen sind. Bonn ist also eine Art „Einwanderungsstadt“. Natürlich lebten in der Hauptstadt Beamte; man war sofort konfrontiert mit Bayern, Württembergern oder Hanseaten. Durch die Botschaften kamen Einwohner internationaler Herkunft nach Bonn. Ich habe die Erfahrung geschätzt, sonntags morgens im amerikanischen Klub zu frühstücken. Die britische

Botschaft besaß eine gute Kantine. Leute aus Bonn sind regelrecht dahin gepilgert. Es war klar, dass man dort nicht bloß Engländer, sondern auch Schotten oder Waliser traf.

Für mich persönlich spielte überdies die Musik eine große Rolle. In Bonn gab es nicht nur Klassik, sondern auch Jazz und Rockmusik. Es gab eine sehr lebendige Szene, wo unterschiedliche Leute mit unterschiedlichsten Hintergründen zusammenkamen. Sowohl als Student als auch im Berufsleben erlebte man ein „Völkermischmasch“. Da kamen noch andere Sachen hinzu. Als Bundesvorstand des RCDS haben wir extrem viel getan für verfolgte Christdemokraten in Lateinamerika. Viele der Verfolgten studierten in Bonn und ich hatte unter ihnen viele Freunde.

Man darf es aber auch nicht zu sehr idealisieren. Bonn ist auch eine Ansammlung zusammengewachsener Dörfer und es gehörte natürlich auch die „andere“ Erfahrung dazu. Als ich mich politisch in der Bonner CDU engagierte, gab es auch ein gewisses Misstrauen gegenüber den Zugezogenen. Die Stadtverwaltung Bonns interessierte sich praktisch nicht dafür, dass in Bonn der Sitz von Bundestag und Bundesregierung war. Im Stadtrat war aus diesem Bereich nur ganz selten jemand zu finden. Helmut Kohl wusste, dass ich mich kommunal engagierte. Er ärgerte mich immer damit, wenn er sagte: ‚Die städtischen Kleinbaustellen auf den Straßen im Regierungsviertel sind in sitzungsfreien Wochen immer verwaist, in den Sitzungswochen werden die Straßen aber dann gesperrt. Können sie die Arbeiten nicht erledigen, wenn das Parlament nicht tagt?‘ Das bekam ich ab. In der Folge erkundigte ich mich bei der Stadtverwaltung: Der Sitzungsplan des Deutschen Bundestages war der Stadtverwaltung unbekannt und es interessierte auch keinen. Heute hört man Ähnliches, wenn es um die Konzernzentralen von Post und Telekom oder die UN geht.

Die Erfahrungen des Hauptstadtbetriebs nutzte das „offizielle“ Bonn wenig. Ich war damals einer der ganz wenigen Mitarbeitern der Bundesregierung, die sich in Bonn kommunalpolitisch engagierten. Eigentlich würde man denken, es müssten 30 bis 40 Leute gewesen sein; dies war aber nicht der Fall.

Heute finden Sie im Stadtrat niemanden, der an der Universität arbeitet, niemanden, der bei der Telekom oder der Post arbeitet. Damals saß im Stadtrat von Bonn niemand, der für die Regierung arbeitete. Insofern gab und gibt es einen Unterschied zwischen dem Leben der Bonner Bevölkerung und dem „offiziellen“ Bonn in Rat und Verwaltung.

Als Helmut Kohl die Idee hatte, die Bundeskunsthalle zu gründen, die Bonn keinen Euro kostete, kam der größte Widerstand aus der Stadt Bonn selbst: Man sagte, ein solches Haus des Bundes sei eine Konkurrenz für das städtische Kunstmuseum. In Wahrheit weiß jeder, dass es genau andersherum ist. Die Bundeskunsthalle zieht Besucher an, die dann auch in das städtische Kunstmuseum gehen. Ich war selber dabei, als der Bundeskanzler den Bonner Oberbürgermeister Hans Daniels, der zu dieser Zeit gleichzeitig noch Bundestagsabgeordneter war, in einem Gespräch ziemlich hart anging: ‚Wieso wollt ihr denn verhindern, dass der Bund eine solche wichtige Institution hier hinstellt? Nur deswegen, weil ihr gerade ein städtisches Kunstmuseum gebaut habt und ihr glaubt, da würden jetzt weniger Leute hingehen?‘ Das zeigt beispielhaft das teilweise Nebeneinander dieser beiden Welten.

Gibt es Orte, die Sie besonders mit Bonn verknüpfen?

Da muss man unterscheiden zwischen dem, was sozusagen historisch mit Bonn verknüpft ist, und der bundesrepublikanischen Zeit. Bei Letzterem ist es vor allem das Museum Koenig, weil das für mich bis heute mit der ersten Sitzung des Parlamentarischen Rates das Symbol des Grundgesetzes ist. Die hinter den Abhängungen der ausgestopften Tiere auf die Mütter und Väter des Grundgesetzes und Konrad Adenauer herablugenden Giraffen wurden ja zu einem ikonischen Bild. Ein weiteres bedeutsames Symbol war immer der „Lange Eugen“. Der Name kam daher, dass Eugen Gerstenmaier, ich konnte ihn noch erleben, der ein relativ kleiner Mann war, dieses Hochhaus initiiert hat. Im Volksmund wurde daraus, was sehr typisch „bönnisch“ ist, fast liebevoll der „Lange Eugen“. Ich nenne auch das Kanzleramt, obwohl ich hierbei befangen bin, da es mein Arbeitsort gewesen ist. Es wurde abends häufig in den Nachrichten gezeigt, so dass es als Symbol gelten kann.

Helmut Schmidt hat von dem neuen Kanzleramt, das er 1976 als erster Kanzler bezogen hat, einmal gesagt, es hätte den Charme einer Sparkasse. Es ist ein sehr funktionaler Bau, in dem sich aber hervorragend arbeiten ließ. Das Gebäude war sehr begegnungsoffen. Vom Kanzlerbüro zur Kantine waren es nur fünf Minuten, aber man ist 30 Leuten begegnet. Wenn man heute im Berliner Kanzleramt vom Kanzlerbüro in die Kantine geht, ist man eine Viertelstunde unterwegs und begegnet kaum jemanden. Das Bonner Kanzleramt war sehr kommunikativ. Dazu gehörte natürlich auch der Kanzlerbungalow, für den ich auch im Kanzlerbüro mit zuständig gewesen bin, als privater Raum für ganz vertrauliche Gespräche und auch den Empfang besonderer Gäste.

Für mich selber ist aber auch das Wasserwerk ein Symbol, denn als ich bei Kohl gearbeitet habe, war der neue Plenarsaal noch nicht fertiggestellt und das Parlament tagte im Wasserwerk. Da habe ich viele Stunden, Tage und Nächte verbracht.

Welche Ereignisse verbinden sie spezifisch mit Bonn?

Auch da muss man wieder unterscheiden. Zu den historischen Ereignissen gehört die Ausarbeitung und Verabschiedung des Grundgesetzes. Auch die Bilder von Adenauer, den ich persönlich nie erlebte, gehören dazu. Ich kannte ihn lediglich aus Fernsehbildern, die aufgrund der geringen Zahl der Programme sehr dominierten. Die Bilder von Adenauers Beerdigung, als der Sarg auf dem Rhein vom Kölner Dom nach Rhöndorf gebracht wurde, haben sich tief in mein Gedächtnis eingebrannt. Oder Adenauers Witz, der immer in Debatten zum Vorschein kam. Mit 14 oder 16 Jahren verfolgte ich die Bundestagsdebatten im Fernsehen. Figuren wie Herbert Wehner oder Franz Josef Strauß machten die Debatten spannend. Solche Ereignisse prägten mich, bevor ich nach Bonn kam. Mein Onkel war Werner Marx, ein Bundestagsabgeordneter und zusammen mit Alois Mertes wichtigster Außenpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Auseinandersetzungen um Brandts Ostpolitik. Ihm im Wahlkampf zu helfen, als Jugendlicher im Lautsprecherwagen durch die Dörfer in der Pfalz zu fahren, hatte ebenfalls Einfluss auf mich. Er kandidierte erst in Kaiserslautern und dann in Pirmasens.



Abb. 45: Konrad Adenauers Sarg mit Totenwache, April 1967, Foto: Rolf Baumann

Hinzu kommen meine persönlichen Erlebnisse hier in Bonn. Zunächst möchte ich hier die große Demonstration für die Menschenrechte in der Sowjetunion nennen, die anlässlich des Besuches von Leonid Breschnew in Bonn 1978 stattfand. Der RCDS war dabei Mit-Organisator. Und diese Demonstration ist mir auch deswegen so gut in Erinnerung geblieben, weil die NPD damals versuchte, sich an die Veranstaltung dranzuhängen. Ich erinnere mich noch gut, wie wir die NPD bemerkten. Wir wollten sofort zeigen, dass keinerlei Beziehung zwischen uns und der NPD besteht und hinderten die NPD-Leute mit einer Menschenkette daran, sich in den Demonstrationzug einzureihen. Wenn heute jemand Demonstrationen organisiert und behauptet, er könne gegen die Teilnahme extremistischer Gruppen nichts tun, halte ich das für eine billige Ausrede. Man kann diese Distanz sehr deutlich machen.

Aus meiner Kanzleramtszeit denke ich natürlich auch an die massive Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss. Man blockierte das Regierungsviertel, so dass wir auf abenteuerlichen Wegen ins Kanzleramt gelangen mussten. Auch eine große Demonstration 1986 wegen der Änderung des sog. Streik-Paragrafen im Arbeitsförderungsgesetz legte das Regierungsviertel lahm. Diese Ereignisse haben sich eingebraunt.

Ich erlebte unmittelbar mit, wie DIE GRÜNEN in den Bundestag einzogen. Das war etwas Ungewöhnliches, mit Turnschuhen, Fahrrädern vor dem Bundestagseingang und Sonnenblumen. Einige kannte ich aus der Studentenpolitik. Wir saßen in Marburg zusammen im Studentenparlament.

Dass man sich persönlich aus unterschiedlichen Zusammenhängen kannte, spielte in Bonn sowieso eine besondere Rolle: Um mal ein kleineres Ereignis zu nennen: Willy Brandt, der sich damals in politischen Schwierigkeiten befand, schlug 1987 auf einmal eine neue Pressesprecherin vor, die keiner kannte. Alle waren völlig verblüfft. Es handelte sich um die Tochter eines griechischen Sozialisten, mit dem Brandt befreundet war, Margarita Mathiopoulos. Ich hatte mit ihr zusammen Politikwissenschaft studiert und kannte sie. Morgens fragte Helmut Kohl dann: „Kennt jemand diese Frau Mathiopoulos?“ Ich war der einzige, der sie kannte und etwas dazu sagen konnte. Ich könnte stundenlang solche Ereignisse aufzählen.

Würden Sie diese Ereignisse als „Bonn-spezifisch“ bezeichnen?

Die Demonstrationskultur war definitiv „Bonn-spezifisch“. Dies meint besonders die Bonner Gelassenheit im Umgang mit den Demonstrationen. Damals fanden viele Demonstrationen im Bonner Zentrum statt. Das geht in Berlin heute wegen der Stadtstruktur so nicht mehr. „Bonn-spezifisch“ ist für mich auch die Bonn-Berlin Auseinandersetzung. Damals organisierte ich als Bonner CDU-Vorsitzender eine Menschenkette, und zwar vom Kanzleramt bis zum Alten Rathaus. „Hand in Hand für Bonn“ war ein großer Organisationsaufwand. Es kamen über 25.000 Leute, die Adenauerallee musste gesperrt werden. Zu dieser Zeit arbeitete ich noch im Kanzleramt und es war interessant, da ich auch in dieser umstrittenen Frage unmittelbare Einblicke in den Entscheidungsprozess Kohls bekam. Er zögerte lange, entschied sich dann aber für Berlin. Ich war für Bonn, wie übrigens fast alle anderen Mitarbeiter auch. Wir erfuhren von Kohl nie einen Nachteil wegen unserer abweichenden Meinungen und er hat uns das auch nicht übel genommen: Toleranz eben.

Wie können wir uns ihren damaligen Arbeitsalltag vorstellen?

Ich würde unterscheiden zwischen der Zeit als Redenschreiber und der Zeit als stellvertretender Büroleiter. Ich wohnte in diesen Jahren im Beueler Zentrum. Wenn ich den Hubschrauber hörte, mit dem Kohl einflog, sprang ich in mein Auto und begegnete ihm im Foyer des Kanzleramtes. Es ging relativ früh los, Kohl war meist gegen halb acht im Büro. Als Redenschreiber waren wir für ihn Sparringspartner. Man setzte sich also mit ihm zusammen und diskutierte. Das Ergebnis der Diskussion versuchte man in einen

Redetext umzuschreiben. Redetexte sind ein bisschen wie Liebesbriefe: Man denkt, man hätte ein akzeptables Ergebnis produziert und legt den Text weg. Nach zwei Stunden liest man ihn nochmal und merkt, man muss ihn neu schreiben. Der x-te Entwurf war dann akzeptabel. Wir waren erst zwei, dann drei Redenschreiber.

Bei den Reden waren wir immer mit ihm unterwegs, denn Kohl legte großen Wert auf unsere Anwesenheit. Er wollte, dass wir als Redenschreiber erleben, wie die Reden vom Publikum aufgenommen werden. Hinterher kam die Strafarbeit, nämlich die Tonabschriften zu korrigieren, weil jeder Veranstalter aus der Rede eine Veröffentlichung machen wollte. In dieser Zeit ging der Alltag meist von 8 Uhr morgens bis 22 Uhr abends. Ich schätze, dass ich in dieser Phase rund 70 Prozent meiner Zeit mit Kohl verbrachte, wenn dieser in Deutschland war. In der Zeit als stellvertretender Büroleiter wurde das noch enger, dann wurden es 95 Prozent meines Tages, die ich mit Kohl verbrachte. Da wusste ich oft morgens nicht, wann ich abends zurückkommen würde. Der Alltag blieb im Grunde unplanbar, besonders in der Phase der Deutschen Einigung, denn es kamen häufig unvorhergesehene Dinge auf uns zu.

Kohl war ein sehr spontaner Mann, der sich oft vom Protokoll löste. Wenn er auf dem Weg vom Bundestag zum Kanzleramt eine Schulklasse sah, die darauf wartete, ins Parlament zu kommen, konnte es passieren, dass er sich einen Spaß daraus machte, den Lehrer zu verblüffen. Er hat zu den jungen Leuten gesagt: ‚Was macht ihr denn hier?‘, ‚Wir warten!‘, daraufhin Kohl ‚Ja, dann kommt doch mal mit‘ und hat sie dann ins Kanzleramt mitgenommen, in sein Büro. Er hat ihnen dann gesagt, sie sollten sich auf den Boden setzen und mit ihm diskutieren. Die Schüler waren total begeistert, weil das alles so spontan war.

Eine andere Eigenart: Die Weihnachtsgeschenke für seine Mitarbeiter hat Kohl immer selber gekauft. Kohl ging zum führenden Bonner Buchladen, Bouvier, und schickte oft seine Sicherheitsbeamten weg, um alleine in den Bücherregalen zu schmökern. Kohl suchte für jeden Mitarbeiter ein spezifisches Buch heraus, worüber er dann mit dem Beschenkten reden wollte. Was er verschenkte, hatte er selbst immer schon gelesen. Fand man bei dieser Buchdiskussion keinen Konsens, kam er später immer wieder darauf zurück. Kohl wollte diskutieren und überzeugen.

Eine andere Eigenart: Die Weihnachtsgeschenke für seine Mitarbeiter hat Kohl immer selber gekauft. Kohl ging zum führenden Bonner Buchladen, Bouvier, und schickte oft seine Sicherheitsbeamten weg, um alleine in den Bücherregalen zu schmökern. Kohl suchte für jeden Mitarbeiter ein spezifisches Buch heraus, worüber er dann mit dem Beschenkten reden wollte. Was er verschenkte, hatte er selbst immer schon gelesen. Fand man bei dieser Buchdiskussion keinen Konsens, kam er später immer wieder darauf zurück. Kohl wollte diskutieren und überzeugen.

Es wurde auch viel gelacht, viele Scherze gemacht. Ich wäre nicht neun Jahre dortgeblieben, wenn der Job nicht abwechslungsreich gewesen und Kohl kein guter Chef



Abb. 46: Stephan Eisel in seiner Zeit als stellvertretender Büroleiter mit Helmut Kohl, 1990

gewesen wäre. Er hat viel gefordert, war auch manchmal unfair, aber kam dann ein paar Tage später und entschuldigte sich. Bei der Beurteilung eines Prominenten oder Politikers hilft es immer zu schauen, wie lange die Mitarbeiter bei ihnen bleiben. Egal ob Kardinäle oder Politiker: wenn häufig der Büroleiter oder Pressesprecher wechselt, ist das ein schlechtes Zeichen.

Wie wirkte sich ihrer Ansicht nach die Kommune und die Region auf das Leben der Hauptstadt aus und was bedeutete dies für den Alltag der Regierungsmitarbeiter?

Die Kommune hat sich als Institution wenig um das „Regierungs-Bonn“ geschert. Als Mitarbeiter war man wenig davon betroffen. Die Bevölkerung spielte eine größere Rolle. Man wusste, wenn man mit dem Bundeskanzler zum Italiener ging, rief nicht sofort jemand die BILD-Zeitung an, damit eine Viertelstunde später ein Fotograf vor Ort ist. Das war außerhalb von Bonn leider nicht immer so: Einer der Söhne von Kohl hatte einmal einen lebensgefährlichen Unfall in Norditalien. Als Kohl das hörte, ließ er alles stehen und liegen und brach mit seiner Frau umgehend zum Unfallort auf. Eigentlich bekamen die Medien nichts mit, aber die BILD-Zeitung war schneller im Krankenhaus als die Eltern. Die Redaktion hatte einen Anruf aus dem Krankenhaus erhalten. Das wäre in Bonn so nicht passiert.

Die Erfahrung mit der Bonner Bevölkerung waren eigentlich rundweg positiv. Mit der Stadtverwaltung kamen die Regierungsmitarbeiter kaum in Kontakt. Es gab ein paar Institutionen wie die Oper, mit denen man etwas zu tun hatte. Während der Bonner Zeit diente sie natürlich der Repräsentation, man ging mit Staatsgästen dorthin. Kohl hatte zu den Opernintendanten immer einen persönlichen Draht und lud sie zu sich ein, wenn sie neu waren. Zu manchen Künstlern pflegte er ebenfalls ein gutes Verhältnis. Der normale städtische Verwaltungsalltag spielte aber keine Rolle und war in seiner bürokratischen Schwerfälligkeit, wenn überhaupt, eher ein Gegenstand von Spott.

Strahlte die Lebensart in Bonn auch auf den Regierungsapparat und somit die bundesrepublikanische Politik ab?

Ich glaube schon: Das Arbeitsklima spielte eine Rolle. Wenn es zum Beispiel in Bonn einen prominenten Fototermin gab, stimmten die Fotografen sich untereinander ab. Wenn Sie Fototermine in Berlin beobachten, ist das weniger harmonisch und aggressiver. Ich hatte schon erwähnt, dass man unterschiedlicher Meinung sein konnte und nicht direkt verfeindet war. Die Auseinandersetzungen waren teilweise in der Sache härter als heute, weil es häufiger um Grundentscheidungen ging, aber sie waren nicht so persönlich verletzend. Welche Rolle Bonn dabei spielte, ist spekulativ. Dennoch mache ich jetzt einen ganz gewagten Vergleich: Die NPD ist bei den Bundestagswahlen 1969 zwar nur knapp gescheitert, aber sich in der Bonner Zeit so etwas wie die AfD vorzustellen, fällt mir schwer. So eine aggressive und hasserfüllte Bewegung lebt von einer gewissen Anonymität, die es in Bonn nicht gegeben hat.

Wie wirkte der Ort auf die Politik?

Es hat etwas mit der Größe der Stadt zu tun. Es war völlig klar, dass in Bonn nicht genügend Leute ausgebildet werden konnten, um damit die Ministerialverwaltung zu bestücken. Es mussten Leute aus ganz Deutschland angeworben werden. In einer Metropole wie Berlin kommen mehr Mitarbeiter der Ministerien aus der Stadt und der Umgebung. Berlin hat drei Universitäten. Das macht schon einen Unterschied. Bei der Bonn-Berlin-Debatte spielte die Größe der Stadt eine Rolle. Beispiele aus dem Ausland wurden angeführt. Eine kleinere Stadt stimuliert per se die Regierungen durch ihre Struktur. Berlin unterscheidet sich von Metropolen wie London, Paris oder Madrid, weil es kein starkes Umfeld hat. In 200 Kilometer Umkreis gibt es nur kleinere Städte. Berlin kann sich nicht selber relativieren. Deshalb denken die Berliner, dass alles in ihrer Stadt das Zentralste der Welt sei. Das ist eine Metropolenschwäche von Berlin. Bonn hingegen hat Köln nebendran, Frankfurt ist um die Ecke, das Ruhrgebiet ist nah dran. Bonn hat den Föderalismus nie gefährdet. Das hat bei der Hauptstadtdebatte eine Rolle gespielt: Die Fraktion für Berlin stützte sich auf historische Argumente. Diejenigen, die den Bonner Politikbetrieb kannten, stimmten für Bonn – für die Relativität dieser kleinen Stadt.

Die Entscheidung für Berlin wird oft auf die Rede von Wolfgang Schäuble zurückgeführt. Diese Meinung vertrete ich nicht, weil Wolfgang Schäuble diese Rede schon mehrfach in der CDU/CSU-Fraktion gehalten hatte. Eine größere Rolle spielte die Tatsache, dass viele von einer Mehrheit für Bonn ausgingen. Das erzählten mir beide Seiten. Es gibt eine ganze Reihe von Abgeordneten, die mir persönlich sagten, sie würden für Bonn stimmen. Es war schließlich eine namentliche Abstimmung und später sah ich, dass diese Abgeordneten für Berlin votierten. Einer davon war z. B. Jürgen Echter nach aus Hamburg. Ihn habe ich hinterher gefragt, warum er für Berlin gestimmt hatte. Er sagte mir, dass er dachte, die Mehrheit für Bonn bestehe und er deshalb für Berlin gestimmt hat. Ich glaube, das hat eine relativ große Rolle gespielt.

Wie hat sich der Status als Hauptstadt auf das Leben in der Kommune und in der Region ausgewirkt?

Eigentlich kaum. Im Alltag störten die geschlossenen Bahnschranken mehr als die Staatsbesuche. Die Regierungsgeschäfte hatten also keinen großen Effekt. Man sah vielleicht in einer Gaststätte ein prominentes Gesicht, aber man respektierte dessen Privatsphäre. Seit 1949 waren die Bonner an den Hauptstadtstatus der Stadt gewöhnt.

Die Bedeutung fiel vielen erst auf, als das Parlament und Teile der Regierung weggezogen, vor allem der ganze Botschaftsbereich. Solange solche Institutionen in Bonn ansässig waren, bemerkte man ihren indirekten Einfluss nicht. Als auf einmal die Botschaften weggezogen, spürten viele Mittelständler, dass ein Teil ihrer Kundschaft fehlte. Die Kaufkraft entfiel nicht zwingend wegen des Parlaments, sondern viel mehr aufgrund der Verbände und Einrichtungen, die der Regierung nach Berlin folgten. Viele Veranstaltungen fanden nicht mehr statt, zum Beispiel die Sommerfeste, die viele Bonner besuchten. Die Landesvertretungen fehlten auch in Bonn. Bonn, der Rhein-Sieg Kreis

und der Landkreis Ahrweiler waren mit dem Wegzug von etwa 50.000 Einwohnern nach Berlin betroffen. Heute ist die Bundesregierung nach der Universität mit rund 7.000 Ministeriumsarbeitsplätzen der zweitgrößte Arbeitgeber. Wenn man die nachgeordneten Behörden dazurechnet, zum Beispiel das Bundeskartellamt oder das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, dann ist der Bund sogar bei weitem der größte Arbeitgeber. Für die Studenten in meinem Fach hatte der Wegzug spezielle Auswirkungen: Sehr viele der Politikwissenschaftsstudenten hatten zu Hauptstadtzeiten im Bundestag ein Praktikum gemacht oder bei einem Abgeordneten als Studentische Hilfskraft gearbeitet. Dieser Praxisbezug fehlt heute.

Wir sind auf die Universitätsdimension noch nicht eingegangen. Haben Sie von den bundespolitischen Aktivitäten der Professoren etwas mitbekommen und im Bildungsinne davon profitiert? Konnten Sie an diesen Prozessen sogar teilnehmen, hat man mit Ihnen darüber diskutiert?

In meiner Studentenzeit bekam ich von solchen Aktivitäten der Professoren wenig mit. Ich habe das erst auf der anderen Seite in seiner tatsächlichen Dimension realisiert. Natürlich gehörte das regelmäßige Gespräch mit Wissenschaftlern zum Alltag eines Bundeskanzlers. Für uns als Redenschreiber war es besonders wichtig. Da spielten Leute wie Karl Dietrich Bracher, der Historiker Klaus Hildebrand, der Moraltheologe Franz Böckle und auch der evangelische Theologe Martin Honecker eine wichtige Rolle. Dieser Kreis aus zehn bis 15 Leuten kam regelmäßig zusammen. Es nahmen nicht nur Bonner teil. Auch Werner Weidenfeld, der in Mainz lehrte, z. B. kam dazu. Erst im Kanzleramt bemerkte ich, welche Rolle solche externen Leute einnahmen. Es war bei Kohl aber klar, dass jemand, der sich öffentlich als Kanzlerberater betitelte und versuchte daraus Vorteile zu ziehen, ab diesem Moment keiner mehr war. So begann ein Professor eine monatliche FAZ-Kolumne mit der Bezeichnung „Berater von Helmut Kohl“ zu schreiben. Als Folge wurde er nicht mehr zu solchen Besprechungen eingeladen.

Meine Dissertation habe ich noch an der Universität begonnen und bekam währenddessen die Möglichkeit ins Kanzleramt zu gehen. Ich schloss die Dissertation in den ersten anderthalb Jahren als Redenschreiber bei Kohl ab. Wie ich das geschafft habe, ist mir heute ein Rätsel. Eine Hilfe war sicherlich, dass mein Doktorvater Karl Dietrich Bracher mich regelmäßig anrief und ganz freundlich fragte, ob ich vorankäme. Die Tatsache, dass ich im Kanzleramt arbeitete, bildete keine Hemmschwelle, er wollte von meinem Fortschritt hören.

Wirkte sich der Wegzug der Regierung auf die Universität aus? Es gab in Bonn doch durchaus Professoren, die von der Nähe zur Hauptstadt profitiert hatten.

Das war ein Verlust für die Bonner Universität; weniger im naturwissenschaftlichen Bereich als in den Geisteswissenschaften. Der Wegzug der Regierung und die aus meiner Sicht verheerende Bologna-Entwicklung trafen zusammen. Heute erkenne ich mein politikwissenschaftliches Seminar nicht mehr wieder, zumal die Universität die Politik-

wissenschaft mit der Soziologie zusammengelegt hat. In meinen Augen ist das eine Katastrophe. Einen kleinen Vorteil haben die Bonner Politikwissenschaftler noch gegenüber anderen Universitäten: Der Fernsehsender Phoenix sitzt in Bonn. Der Sender benötigt für seine Sendungen immer wieder Experten. Ich möchte an dieser Stelle niemandem zu nahe treten, aber Politikwissenschaftler, die in Bonn sitzen, wären weit weniger bekannt, wenn sie in Tübingen säßen. Aber durch ihre Expertenauftritte bei Phoenix haben sie einen gewissen Bekanntheitsgrad. Die Bonner Universität macht aber keinen schlechten Job bei der Gewinnung ehemaliger Spitzenpolitiker wie Sigmar Gabriel oder Jürgen Rüttgers als Dozenten.

Meine Wahrnehmung ist, dass die Universitäten mittlerweile generell weit unpolitischer sind, als sie das in meiner Studienzeit waren. Das hat auch politische Auswirkungen. Spätere Mandatsträger müssen sich viel seltener in einer argumentativen Auseinandersetzung bewähren. Meine Studentengeneration musste sich auseinandersetzen mit dem MSB Spartakus; mit der Frage, was Demokratie ausmacht, wie sich die eigenen Argumente in Debatten bewähren oder warum Ideologien so gefährlich sind. Wir haben jeden Tag in Diskussionen gesteckt und das hat später die politische Arbeit mitbeeinflusst. Heute wird man in meinen Augen zu wenig geistig herausgefordert, wofür auch die Verschulung durch den Bologna-Prozess verantwortlich ist. Auch eine gewisse Oberflächlichkeit kommt hier zum Tragen. Das hat Wirkung über die Frage von Ausbildung und Studium hinaus in die politische Struktur hinein. Alle Parteien haben Schwierigkeiten, in ihren Reihen argumentativ überzeugende Leute z. B. für Podiumsdiskussionen zu finden. Streitgespräche finden in zu geringer Zahl statt. An diesem Mangel der intellektuellen Auseinandersetzung krankt der Politikbetrieb, aber auch der Journalismus. Die Oberflächlichkeit der Talkshow-Atmosphäre kann das nicht ersetzen.

Würden Sie von einer Bundesrepublik sprechen oder von einer „Bonner Republik“ und einer „Berliner Republik“?

Die Begriffe „Bonner Republik“ und „Berliner Republik“ sind in einem gewissen Sinne sehr problematisch. Helmut Kohl hat sich übrigens immer gegen die Ausrufung der „Berliner Republik“ gewehrt. Er meinte, dass in Berlin die Bonner Grundsätze im Sinne des Grundgesetzes bestehen bleiben müssten. Diese Meinung vertrete ich auch. Man könnte lange über diese Begriffe und was sich verändert hat, diskutieren. Mir wurde für die Aussage, die Regierung rücke mit Berlin als Hauptstadt in eine Randlage, Polemik vorgeworfen. Aber Bonn befand sich im Zentrum der Bundesrepublik, denn die Regierung saß in einer für Deutschland typischen Stadt.

Aber es gibt auch eine wichtige Grundregelung die verhindert, dass Berlin allzuviel an sich ziehen kann, das ist die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages. In Deutschland wechseln sich Sitzungswochen und sitzungsfreie Wochen ab. Das ist ein effektives System zur Verankerung der Mandatsträger in ihren Wahlkreisen. Die Abgeordneten in Berlin bekommen vom Leben der Stadt wenig mit, weil sie von morgens bis abends in Sitzungen gebunden sind. Freitags geht es zurück in den Wahlkreis als Botschafter dessen,

was in Berlin passiert ist. Montags nach den sitzungsfreien Wochen kehren sie zurück nach Berlin mit den Diskussionen aus dem Wahlkreis. Dieser Wechsel ist sehr wichtig: In Großbritannien tagen die Abgeordneten beispielsweise vier Monate ununterbrochen, das erschwert die Bürgernähe und fördert den Zentralismus.

Aber die Berliner Randlage hat eben eine Wirkung, die mit der Anonymisierung einer Millionenstadt einhergeht, auch im Medienbereich. Und dann kommt dazu, dass Berlin nicht gerade für Charme und Gelassenheit bekannt ist, sondern eher für eine gewisse Aggressivität, eben die „Berliner Schnauze“. Das empfinden viele so, die aus Bonn nach Berlin gezogen sind und fällt auch Abgeordneten, die ja aus ganz Deutschland kommen, immer wieder auf. Das spielt auch das Preußische eine Rolle: Strammstehen ist eben mit der rheinischen Art nicht wirklich kompatibel – es gibt schon einen Grund, warum der Karneval, als Übung darin sich selbst nicht zu ernst zu nehmen, in Berlin nicht heimisch wird.

Über sich selber zu lachen ist eine urdemokratische Eigenschaft. Übrigens erkennen Sie alle Ideologen und Extremisten daran, dass sie nicht über sich selber lachen können. Versuchen sie eine Szene zu finden, in der Herr Gauland über sich selber lacht. Die wird ihnen nicht begegnen.

Herr Eisel, haben Sie vielen Dank für das Gespräch!